

Interview zum Thema:

Migration, ALG II und Commons europaweit - ein Vorschlag

Quer: Hallo Sabrina, hello Helmuth. Wir haben gelesen, dass ihr in eurem Aufsatz zu dem demnächst erscheinenden Buch über „Basic income in Europe“¹ vorschlagt, dass alle Menschen der EU ein Recht auf ALG II in deutscher Höhe haben sollten. Könnt ihr etwas zu dem Grund sagen, warum ihr diesen Vorschlag macht?

Helmuth: Nun, der Grund ist natürlich erstmal derjenige, dass es in vielen Länder der EU gar kein staatlich garantiertes Einkommen nach dem Arbeitslosengeld mehr gibt – mit fatalen Folgen von Verarmung, Überstrapazierung von Familienstrukturen oder gesundheitlichen Schäden.

Ein zweiter Grund ist, dass das Fehlen von einem europaweiten ALG II in deutscher Höhe ein positives Grundrecht zu einem Zeichen von Unfreiheit werden lässt.

Quer: Was genau meint ihr damit?

Migration mit einer Richtung

Helmuth: Migration bedeutet ja eigentlich die Freiheit, dorthin zu gehen, wohin man will. Im Umfeld einer massiven gesellschaftlichen Ungleichheit, deutlich unterschiedlich hoher Löhne und einer fehlenden Absicherung bei längerer Arbeitslosigkeit wird das Grundrecht zur Mobilität und freien Ortswahl massiv eingeschränkt. Das zeigt sich in der extremen räumlichen Gerichtetheit der Migration: In Europa zum Beispiel findet Migration hauptsächlich von Ost nach West und von Süd nach Nord statt.

Sabrina: Mit unserem Vorschlag wollen wir auch zeigen, dass die Diskussion um Migration in Deutschland viel zu beschränkt geführt wird. Sie vernachlässigt erstens, dass der überwiegende Teil der Migranten aus Europa stammt und nicht von außerhalb. Sie vernachlässigt zweitens, dass die Migration massive Wirkungen auf die Herkunftsländer hat.

Quer: Könnt ihr dafür Beispiele nennen?

Sabrina: Nach einer Schätzung der UN liegen 16 der 22 Länder auf dieser Welt, die unter den höchsten Bevölkerungsverlusten leiden, in Europa und 14 davon in Südosteuropa. Der Bevölkerungsschwund wird in Südosteuropa massiv ausfallen – teilweise sind bis zu 50 Prozent Verluste bis zum Jahr 2050 vorhergesagt. Ein wesentlicher Faktor dafür ist Emigration. Ungerichtete Migration in alle Richtungen wäre dagegen unproblematisch und eben ein Freiheitsrecht.

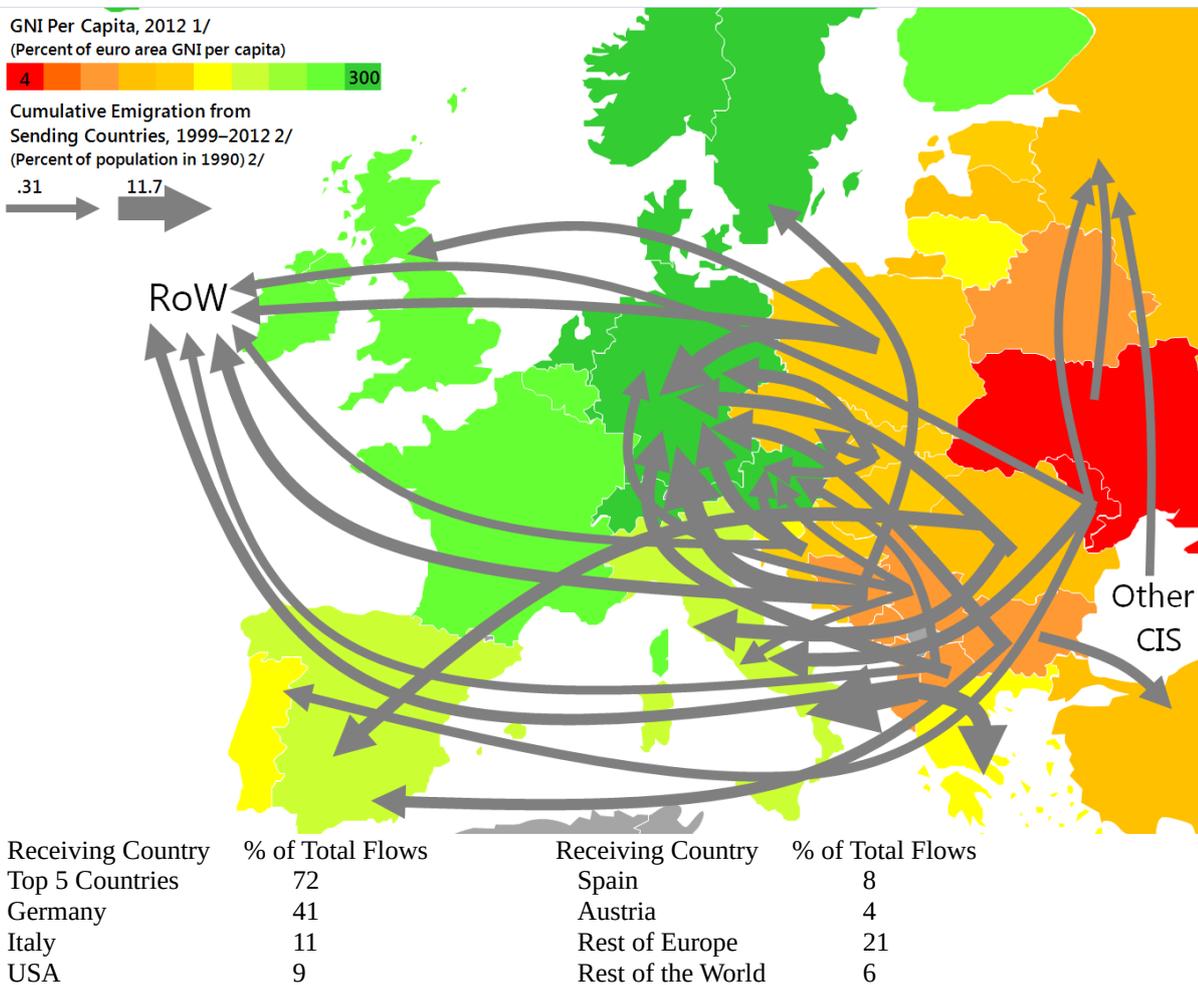
Jede Diskussion um eine freie Migration muss deshalb nicht nur die Situation in den Immigrationsländern in den Mittelpunkt stellen, sondern auch die in den Emigrationsländern. Soll Migration frei und nicht gerichtet sein, gehören Transformationsprozesse angestoßen, die für ganz Europa gleichermaßen gelten.

a) Bevölkerungsabnahme bis 2050 in 43 Ländern (ab 100.000 Einw.) nach UN World Population Prospects, 2002 Revision				
Land / Gebiet	Einwohner 2000	Abnahme absolut	Einwohner 2050	Abnahme prozentual
Estland	1,367 Mio.	0,710 Mio.	0,657 Mio.	51,9 %
Lettland	2,373 Mio.	1,042 Mio.	1,331 Mio.	43,9 %
Ukraine	49,688 Mio.	17,939 Mio.	31,749 Mio.	36,1 %
Bulgarien	8,099 Mio.	2,843 Mio.	5,255 Mio.	35,1 %
Georgien	5,262 Mio.	1,790 Mio.	3,472 Mio.	34,0 %
Guyana	0,759 Mio.	0,252 Mio.	0,507 Mio.	33,2 %
Russische Föderation	145,612 Mio.	44,156 Mio.	101,456 Mio.	30,3 %
Litauen	3,501 Mio.	0,974 Mio.	2,526 Mio.	27,8 %
Armenien	3,112 Mio.	0,779 Mio.	2,334 Mio.	25,0 %
Weißrussland	10,034 Mio.	2,494 Mio.	7,539 Mio.	24,9 %
Ungarn	10,012 Mio.	2,423 Mio.	7,589 Mio.	24,2 %
Lesotho	1,785 Mio.	0,408 Mio.	1,377 Mio.	22,9 %
Italien	57,536 Mio.	12,661 Mio.	44,875 Mio.	22,0 %
Slovenien	1,990 Mio.	0,421 Mio.	1,569 Mio.	21,1 %
Botswana	1,725 Mio.	0,346 Mio.	1,380 Mio.	20,0 %
Rumänien	22,480 Mio.	4,417 Mio.	18,063 Mio.	19,6 %
Kroatien	4,446 Mio.	0,860 Mio.	3,587 Mio.	19,3 %
Schweiz	7,173 Mio.	1,363 Mio.	5,810 Mio.	19,0 %
Tschechien	10,269 Mio.	1,716 Mio.	8,553 Mio.	16,7 %
Moldawien	4,283 Mio.	0,702 Mio.	3,580 Mio.	16,4 %
Polen	38,671 Mio.	5,668 Mio.	33,004 Mio.	14,7 %
Japan	127,034 Mio.	17,312 Mio.	109,722 Mio.	13,6 %

Quer: Interessant zu erfahren, dass Migration innerhalb von Europa höher ist als von außerhalb. Gibt es weitere Gründe, warum ihr euch auf Europa konzentriert?

Sabrina: Bei aller Kritik, die man an der EU haben kann: Sie ist aktuell der einzige politische Raum, in dem effektiv politisch Einfluss genommen werden kann. Jenseits der EU-Außengrenze endet die unmittelbare Gestaltbarkeit ökonomischer und sozialer Prozesse - außer man würde in militärischen Dimensionen denken.

Helmuth: Klar ist natürlich, dass es auch darum geht, „imperiale Lebensweisen“ in der EU einzudämmen und abzuschaffen, Machtverhältnisse in Handelsabkommen oder Subventionen zu bekämpfen, um die weltweiten Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Möglichkeit zur direkten Veränderung der Lebensverhältnisse gibt es aber nur innerhalb Europas. Deshalb also Europa, zumal wie erwähnt, die meisten MigrantInnen aus Ländern der EU kommen.



Gleiches Arbeitslosengeld ohne Schikanen

Quer: Der Vorschlag, ALG II für alle Länder der EU zu fordern, wirkt etwas provokativ nach Jahren des politischen Kampfes gegen die Hartz-IV-Gesetzgebung. Das ist euch vermutlich bewusst?

Helmuth: Klar ist uns das bewusst. Aber erstens sagen wir nicht einfach ALG II, sondern ALG II ohne die Schikanen, denen man aktuell als EmpfängerIn ausgeliefert ist. Freier Zugriff auf Kontodaten durch die Arge, Kontrolle der Lebenssituation, Behauptung von Unterhaltsansprüchen, andauernder Bewerbungszwang auf jeden Job usw. – all dies lehnen wir entschieden ab. Und zweitens sehen wir gerade die gesellschaftliche Einsicht, dass das ALG-II-Niveau extrem niedrig ist, als politischen Vorteil: Um eine niedrigere Höhe kann es einfach nicht gehen.

Quer: Aber gleich hohes ALG II überall in Europa - ist das nicht unrealistisch?

Sabrina: Ein Einwand, der interessanterweise häufig von denselben Leuten kommt, die vorher ALG II als zu niedrig bezeichnen. Die Lebensunterhaltungskosten sind für die meisten Länder der EU weitgehend identisch, wenn wir mal die Mieten, die ja auch beim ALG II getrennt gerechnet werden, außen vorlassen. Wir jedenfalls sehen kein wirklich einleuchtendes Argument, warum ein deutscher Bürger der EU mehr an ALG II verdient als ein bulgarischer. Der Vorteil eines europaweiten gleich hohen ALG II ist eigentlich einfach zu vermitteln. Wenn Migration aus einer Not heraus entsteht, etwa weil die Löhne zu niedrig sind oder die in keiner Weise abgesicherte Erwerbslosigkeit zu hoch und bedrohlich ist, dann ist sie unfrei. In Bulgarien liegt der durchschnittliche Stundenlohn deutlich unter 3 Euro, in Rumänien unter 2 Euro. Und Süditalien ist auf dem wirtschaftlichen Niveau der Nachkriegsjahre, die Jugendarbeitslosigkeit dort exorbitant hoch. Allerdings geht es in unserem Vorschlag ja nicht nur um ein europäisches ALG II.

Migration befreien

Quer: Ja, ihr schreibt auch, dass es europaweiter „Commons“, also Gemeingüter und sozialer Rechte, bedarf. Könnt ihr dazu ein wenig mehr sagen?

Sabrina: Bis zu 50 Prozent der Personen in südosteuropäischen Ländern äußern sich in der Richtung, dass sie grundlegende Gesundheitsleistungen nicht mehr in Anspruch nehmen können. Gleichzeitig entscheiden sich viele ÄrztInnen, in den Nordwesten zu migrieren. Auch die Bildungssysteme sind extrem unterschiedlich effektiv, teilweise auch dadurch bedingt, dass LehrerInnen abwandern. Wir schlagen deshalb vor, dass in ganz Europa gleiche Standards für Gesundheit, Pflege und Bildung eingeführt werden, die mindestens das deutsche Niveau haben. Und die kostenfrei zugänglich, demokratisch organisiert und an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sind.

Helmuth: Migration zu befreien, heißt also einerseits, ihr die Gerichtetheit zu nehmen. Wären Gesundheit, Pflege und Bildung Commons, so wäre Migration wirklich befreit und es würde einfach zu einem Austausch der Bevölkerung in alle Richtungen kommen, so wie z. B. in Deutschland. Wobei es hier natürlich auch eine Gerichtetheit gibt, aber die ist nicht Folge einer direkten Unfreiheit.

Um Migration aber andererseits überhaupt weiter möglich bleiben zu lassen, schlagen wir angesichts ihrer ökologischen Probleme vor, dass sich auch Mobilität grundlegend verändern soll. Wir wollen einerseits klare Einschränkungen: keine SUVs mehr, Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wir wollen aber die Möglichkeit zur Mobilität trotz der ökologischen Probleme auch verteidigen. Deswegen schlagen wir Umstellung auf Elektromobilität vor und eine Erzeugung von Elektrizität praktisch überall in solaren und windenergetischen Kleinanlagen. Dies wäre dann eine ganz praktische technische Alternative zu der kapitalistischen Produktionsweise: keine Möglichkeit der privaten Aneignung des Profits mehr, weil das Produkt, Elektrizität, praktisch überall entsteht. Es wäre die Aufgabe aller, an der Entstehung dieses Produkts mitzuwirken, bei gleichzeitig kostenlosem Verbrauch von Elektrizität durch alle.

Realisierbarkeit?

Quer: Okay, wir verstehen jetzt, die aktuelle Situation der EU schafft Entvölkerung und Armut in bestimmten Regionen und dichte Bevölkerung mit entsprechenden Mietpreisteigerungen in anderen Regionen durch unfreie gerichtete Migration. Und eure Vorschläge betreffen die überwiegende Zahl der Migranten in Europa. Sie würden die Gerichtetheit der Migration durch soziale Absicherung – also europaweites ALG II - und durch soziale Rechte – also gleiche Bedingungen für Kranke und in Ausbildung Befindliche- aufheben. Und ihr wollt die Möglichkeit zur Migration trotz ihrer negativen ökologischen Auswirkungen verteidigen und setzt deshalb auf kostenlose Mobilität. Das sind ziemlich große Vorschläge! Gibt's auch irgendwelche hinsichtlich der Realisierbarkeit?

Helmuth: Immerhin sind demnächst Europaparlamentwahlen und das Thema Migration wird überall diskutiert. Interesse an solchen Vorschlägen sollte also vorhanden sein. Die sonst gängigen

Vorschläge zu Migration und Flucht, die diskutiert werden, scheinen uns dagegen wenig konkret und überwiegend rein moralisch bzw. unnötig zugespitzt zu sein. Leider gelingt es gerade der Rechten, sich mit dem Thema zu profilieren und sich sogar europaweit zu vernetzen.

Sabrina: Und genau denen wollen wir mit einem offensiven Vorschlag entgegentreten, der sich klar abgrenzt von nationalem Protektionismus, sondern von Grund auf internationalistisch und solidarisch ist. Es gibt eine Menge Menschen, die sich durch unsere Vorschläge angesprochen fühlen könnten. Um nur über die in Deutschland zu sprechen: Erwerbslose und ihre Initiativen, die gegen die Schikanen des Hartz-IV-Regimes kämpfen; migrantische Arbeitskräfte, die in Deutschland Bekanntschaft mit ALG II machen, wenn sie die Arbeit in den Fleischfabriken oder in Pflegejobs nicht mehr aushalten; AktivistInnen in Richtung gleicher medizinischer Behandlung aller Menschen und gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens; BildungsarbeiterInnen, die das gleiche Recht auf Bildung für alle wollen; Grüne und SPDler, die einsehen, was sie mit dem Kontrollregime bei Hartz IV ausgerichtet haben; ökologisch orientierte Menschen, die freie Mobilität verteidigen wollen und Interesse an neuen gesellschaftlichen Produktionsformen jenseits kapitalistischer Fabriken haben. Kämen sie zusammen, wäre unser Vorschlag nicht Spinnerei – sondern denkbar. Ganz ohne Sympathisanten ist unser Vorschlag damit hoffentlich nicht.

Quer: Die Redaktion dankt für dieses Gespräch.

Anm. 1: Sabrina Apicella und Helmuth Hildebrandt: „Migration, ein europaweites ALG II, Commons und Mimesis. Ein Vorschlag zur Güte.“, in: Otto Lüdemann und Ulrich Schachtschneider (Eds.): „Basic income needs Europe, Europe needs basic income“ to appear 2019

Quelle Diagramm 1: Länder mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung bis 2050 nach UN World Population Prospects, siehe <http://www.pdwb.de/schrumpf.htm>

Quelle Diagramm 2: The Geography of Emigration, 1990 – 2012, aus: Emigration and its economic impact on Eastern Europe, S. 10, s.siehe <https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2016/sdn1607.pdf>